

Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volkstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage) mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur: Ernst Bittmann, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Willi Plumhoff, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Pankusch & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 2. — Fernsprechnummer 1111. — Für Inserate 1917, für die Redaktion 1794, für den Verlag und die Druckerei 961. — Zeitungsdirektion Seite 416.

Bezugspreis: Vierteljährlich einl. Zustellung 3 Mk., monatlich 1 Mk. Beim Abholen vom Verlag und den Ausgabestellen vierteljährlich 2,70 Mk., monatlich 90 Pf. Bei den Postämtern vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,00 Mk. ohne Postgebühren. Einzelne Nummern 10 Pf. — Anzeigengebühr: die Tagesblätter 25 Pf., Anzeigen von auswärtig 35 Pf., im Restamtzeitung 1,05 Mk. Anzeigen-Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 4 Wochen Zahlung erfolgt. — Postfachkonto: Nr. 5258 Berlin.

Nr. 198.

Magdeburg, Sonnabend den 25. August 1917.

28. Jahrgang.

Der erste Konflikt.

Was sich am letzten Mittwoch im Hauptauschuß des Reichstags zugetragen hat, gleicht einem Anfall als Folge einer chronischen Krankheit. Der Patient kann sich von seinem Anfall wieder erholen, er kann sogar eine Zeitlang ganz gesund scheinen, er bleibt aber nichtsdestoweniger neuen Anfällen ausgesetzt. Was im Leben des einzelnen eine Krankheit ist, das ist im Leben der Staaten und Reiche die

innere Unordnung.

Die haben wir, und die werden wir so leicht nicht los. Wir haben die vorzüglichsten Strafenpolizeiverordnungen der Welt, und in Friedenszeiten laden die Ausländer über die sorglose Ordnung unserer Eisenbahnen, die jedem Jahrgang genau vorschreibt, was er zu tun und zu lassen hat. Bloß wie die Befugnisse in der Politik des Reiches verteilt sind, darüber besteht die vollkommenste Unklarheit. Kein Mensch weiß, wer hier Koch und wer Kellerer ist. Und seit dem Weggang Bethmann-Hollwegs sind die Dinge in dieser Beziehung nicht besser geworden.

Der Reichstag hat durch seinen Beschluß vom 19. Juli ein bestimmtes Programm der auswärtigen Politik aufgestellt. Die ungeheure Masse des Volkes stimmt ihm zu. Anderer Meinung ist eine kleine Herrenschicht, und kein Mensch in Deutschland vermag zu sagen, welche der beiden Auffassungen die maßgebende ist. Als Michaelis sein Amt übernahm — es ist unglücklich, aber wahr — war er so weltabgewandt, daß er

von diesem Zwiespalt nichts wußte.

Nun versucht er, es bei den Teufeln recht zu tun und kommt dabei natürlich in die lächerlichste und unwürdigste Rolle der Welt. Denn hier gibt es sächlich und formell nur ein Entweder-oder. Entweder man ist für einen Frieden ohne Eroberungen und Entschädigungen oder man ist gegen ihn. Entweder man erkennt das Recht des Reichstags, der Kanzler wegen seiner Politik zur Verantwortung zu ziehen, an oder man läßt es auf den Konflikt ankommen. Michaelis aber möchte weder das eine noch das andre, sondern er

versucht, das Spiel Bethmann-Hollwegs weiter fortzuspielen, bloß mit viel weniger Geschicklichkeit.

Im Hauptauschuß hat er am Mittwoch erklärt, er stehe nicht auf dem Boden des Reichstagsbeschlusses. „Doch ihm war kaum das Wort entfahren, mocht er's im Busen gern bewahren.“ Allgemeiner Aufstand im Auschuß, großes Hallo auf der Rechten, nicht geringer Schrecken bei dem unvorsichtigen Redner selbst. Sofort eilen die wirklichen geheimen Reichswichtigungsräte herbei, man berichtet; alles sei

nur ein Mißverständnis

gewesen, man verächtlich lächelt, nichts von dem Zwischenfall in die Öffentlichkeit dringen zu lassen. Das Bureau Wolff wird in Bewegung gesetzt, um den Kanzler nicht sagen zu lassen, was er gesagt hat, und ihn sagen lassen, was er nicht gesagt hat.

Dann gibt — nach entsprechender Einwirkung der Mehrheit — der Reichskanzler eine zweite Erklärung ab, in der er renig seine Absicht zu erkennen gibt, mit der Mehrheit zusammenzuarbeiten, und versichert, die Antwort auf die Note des Papstes könne nur im Sinne des Reichstagsbeschlusses vom 19. Juli erfolgen. Also löbliche Unterwerfung. Inzwischen hat sich die interfraktionelle Kommission zusammengesetzt und in Unkenntnis der neuen Kanzlererklärung einen Beschluß gefaßt, der auf eine ziemlich prinzipielle Vorfälle des Kanzlers hinausläuft. Genosse Ebert ist mit der Verlesung dieses Urteils beauftragt, und führt diesen Beschluß aus, zu nicht geringem Entsetzen des Vorsitzenden der interfraktionellen Kommission, des Abgeordneten v. Bayer, der inzwischen mit dem Reichskanzler verhandelt und ihn zu seiner neuen Erklärung veranlaßt hat. Ein Regierfehler, den Abgeordneter v. Bayer an Tage darauf durch die Erklärung ausgleicht, nach den neuen Eröffnungen des Kanzlers sei die Verlesung des Beschlusses, soweit er sich auf den Kanzler beziehe, nicht mehr nötig gewesen.

Der ganze Vorfall dient zum Gelächter des Auslandes und

zur Freude der Feinde.

Er ist ihnen darum so nützlich, weil er in seiner Vieldeutigkeit jede Art von Auslegung gestattet. Man kann sagen, obwohl uns dies nicht richtig scheint, der Reichstag ließe sich von dem kleinen Vierwochenkämpfer über den Köpfe barbarieren. Man kann sagen, obwohl auch dies nicht richtig ist, das Friedensprogramm des Reichstags bedeute nichts, denn die anschlaggebenden Herren täten letzten Endes doch, was sie wollten, und ihr heimlicher Wunsch sei, diesen Krieg möglichst doch noch als einen Eroberungskrieg zu Ende zu führen, nur solle das gemeine Volk nichts davon merken. Man kann in Auslegung dieses Vorfalles alle möglichen gegen die Politik des Reiches gerichteten boshaften Behauptungen glaubhaft erscheinen lassen. Und man kann vor allem diesen Vorfall dazu ausnutzen, um die Friedenspolitik des Reichstags gründlich zu durchkreuzen.

Michaelis hat alle diese Wirkungen nicht gewollt und nicht vorausgesehen. Er hat, als er seinen Fehler bemerkte, seinen Kanonengang getan und eine neue Erklärung abgegeben, die dem Konflikt für den Augenblick die Spitze abbrechen mußte.

Mit Schaudern fragt man sich

aber, ob das so weitergehen und ob sich solche Zwischenfälle wiederholen sollen. In der Tat scheint ihre Wiederholung unermesslich, da die Unklarheit unserer verfassungsrechtlichen Zustände fortdauert und das Mißtrauen fortbesteht.

Die Aufgabe der Sozialdemokratie wird es sein, auf reifliche Klarheit zu dringen. Bei dieser Aufgabe wird sie die Unterstützung der andern Mehrheitsparteien in Anspruch nehmen, der Zusammenhalt der Mehrheit ist ja die unerlässliche Vorbedingung auf dem Wege zum parlamentarischen System. Aber schon jetzt muß man an die Möglichkeit denken, daß es für die Sozialdemokratie unter Umständen auch besser sein könnte, die volle Freiheit des Handelns für sich zurückzugewinnen. Denn nur wenn die Reichstagsmehrheit für die völlige Klarstellung und Fixierung unserer verfassungsrechtlichen Zustände mit der Sozialdemokratie sorgen will, hat diese ein Interesse an ihrem Bestand. —

Eine entschiedene Frage.

Die deutsche Sozialdemokratie hat in ihrem Stockholmer Memorandum, dann wiederholt im Deutschen Reichstag und nicht zuletzt in ihrer Presse die Elsaß-Lothringische Frage für den künftigen Frieden von vornherein als Frage ausgedehnt. Wenn in irgendeinem Problem, so hat sie für Elsaß-Lothringen den Statusquo (den vorherigen Zustand) als historische und politische Selbstverständlichkeit festgestellt. Auch die Unabhängigen haben sich nur wenig von der Mehrheit entfernt.

Es ist nun bedenklich, daß auch ein so radikaler Internationalist wie Friedrich Adler, der den Stürgkh erschossen hat, in einem Vortrag, das er 1915 niedergeschrieben hat, und das jetzt von der pazifistischen „Internationalen Rundschau“ zu Zürich in ihrem August-Heft veröffentlicht wird, die Elsaß-Lothringische Frage durchaus im Sinne unserer Mehrheitsfraktion behandelt und entscheidet. Der Artikel Adlers hat darüber hinaus keine besondere Bedeutung in einer historischen Untersuchung des ganzen Problems. Er gibt namentlich eine knappe, aber erschöpfende Geschichte der Elsaß-Lothringischen Frage im Rahmen der Geschichte des französischen Sozialismus. Er belegt aus den Schriften und Reden unserer französischen Genossen, wie sehr sich diese nach langen Jahren innerer Kämpfe

mit Elsaß-Lothringen abgefunden

hatten, und wie sie schließlich einmütig die Elsaß-Lothringische Frage überhaupte aus der politischen Diskussion ausgeschiedet wissen wollten. Er zitiert Herodot, der die endgültige Lösung nur als ein „Geschäft“ ansah und allein den „Geschäftsleuten von Paris und Berlin“ das Wort geben wollte. Er führt aber vor allem Sembrat an, der in seinem Buche

„Macht einen König! oder aber: macht Frieden!“ einfach erklärt hat:

Sitzen wir uns vor dem Feuer, von Deutschland etwas zu verlangen, was es uns nicht geben kann. Es kann uns nicht Elsaß-Lothringen geben; es kann uns davon auch nicht das wenigste Stück geben; es kann es uns weder im ganzen noch zum Teil im Landeshaupt als Kompensation gegen unsere Kolonien — und wären es sogar alle unsere Kolonien — geben; es kann uns auch nicht die Neutralität von Elsaß-Lothringen bewilligen.

In paralleler Reihe hierzu gibt Adler eine Uebersicht über die Elsaß-Lothringische Frage im Rahmen der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, wie sie von ihrem ersten Vertreter gegen die Annexion Elsaß-Lothringens durch Bebel und Liebknecht und durch das berühmte Braunschweiger Manifest vom 5. September 1870 sich allmählich der historischen Notwendigkeit angepaßt hat, bis am 19. Februar 1891 Auer im Deutschen Reichstag rühmlich erklärte, daß die deutsche Sozialdemokratie hinsichtlich Elsaß-Lothringens

„heute den bestehenden Rechtszustand anerkenne“.

Was sie übrigens schon viele Jahre vor dieser offiziellen Erklärung längst praktisch getan hat. Hier schließt sich der Ring mit dem Stockholmer Memorandum, den Erklärungen Scheidemanns im Reichstag und der einmütigen Haltung der Sozialdemokratischen Fraktion Deutschlands.

Das Forum Friedrich Adlers zieht aus diesen Erklärungen innerhalb des französischen und des deutschen Sozialismus den logischen Schluß, daß die französischen Sozialisten nichts Besseres tun könnten, als in der

kommenden Friedensverörterung wieder die ältesten Gedankengänge der Revanchepolitik zu bekräftigen, die sie so lange und so erfolgreich verlassen und bei ihren unpolitischen Gegnern bekämpft hätten. Wir haben leider in den Diskussionen über Stockholm dies Schicksal erlebt. Vielleicht wirken die Einsicht und die Mahnungen Adlers, der gerade von den sozialistischen Minderheiten aller Länder gefeiert und bewundert wird, härter als die Darlegungen der deutschen Mehrheit. Das

Selbstbestimmungsrecht der Nationen

erklärt Friedrich Adler für eine Zukunftsforderung, welche durch den Kampf des Sozialismus für die allgemeine Menschenbefreiung erreicht werden müsse, nicht aber schon heute durch den Krieg erreicht werden könne. Eine Volksabstimmung könne nur dann in Frage, wenn durch den Krieg ein Besitzwechsel eingetreten sei. Falls Frankreich siegte, müßte der Elsaß-Lothringischen Bevölkerung die Möglichkeit bleiben, Einbruch gegen ihren Uebergang zu Frankreich zu erheben. Dieses Abstimmsrecht sei dann ein Geschenk der Demokratie des siegreichen Landes an das strittige Gebiet. So lange aber Frankreich nicht siegt und Elsaß-Lothringen nicht erobert hätte, könne von Volksabstimmung keine Rede sein. Die deutsche Sozialdemokratie erfülle nur ihre Pflicht, wenn sie alle ihre Kräfte gegen neue gewalttätige Annexionen einsetze.

Adler kommt daher zu dem Ergebnis, daß hinsichtlich des Elsaß-Lothringischen Problems für die deutsche Sozialdemokratie nur die Anerkennung des Statusquo in Frage kommen könne. Er sagt wörtlich:

